

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 11/2024

Digitalpakt 2.0 muss ohne weitere Verzögerungen auf den Weg gebracht werden

Berlin, 20. Dezember 2024: Nach langem Ringen haben sich Bund und Länder auf die Eckpunkte zur Fortsetzung des Digitalpakts geeinigt. Der Verband Deutscher Privatschulverbände e.V. (VDP) drängt nun darauf, dass es kurzfristig eine rechtssichere und haushaltswirksame Lösung geben wird und begrüßt die Fortsetzung des Digitalpakts auch für die Schülerinnen und Schüler an Schulen in freier Trägerschaft.

Wie Bundesbildungsminister Cem Özdemir mitteilte, wollen Bund und Länder in den kommenden sechs Jahren jeweils 2,5 Milliarden Euro in die Ausstattung mit Laptops und moderner IT-Infrastruktur investieren. „In Gesellschaft, Arbeitswelt und Bildung sind Digitalkompetenzen von zentraler Bedeutung. Wir sind froh, dass beim Digitalpakt endlich eine Einigung erzielt wurde, damit die digitale Infrastruktur in Bildungseinrichtungen weiter ausgebaut und zuverlässig auf den aktuellen Stand gebracht werden kann“, betont Dagmar Mager, Präsidentin des VDP.

Da es sich bei der Einigung bisher lediglich um eine Absichtserklärung von BMBF und Bildungsministern handelt, ist es wichtig, schnellstmöglich auf eine rechtssichere und haushaltswirksame Lösung hinzuarbeiten. „Die Schulen stehen in den Startlöchern und benötigen dringend Klarheit, um die Beschaffung neuer Endgeräte voranzubringen“, so Dagmar Mager. Laut VDP muss in der Fortführung des Digitalpakts die Schulung von Lehrkräften und die Finanzierung der IT-Administration gefördert werden. „Dabei muss es der einzelnen Schule überlassen bleiben, welche Fortbildungsangebote zu ihrem Schulkonzept und ihrer digitalen Konzeption passen sowie welche Anbieter sich jeweils bewährt haben“, erklärt Dagmar Mager.

Schülerinnen und Schüler, die eine private Schule besuchen, sind Teil des öffentlichen Schulwesens. Daher müssen die Fördermittel des Digitalpakts 2.0 entsprechend dem Anteil an Schülerzahlen an die Schulen ausgegeben werden. Die Schülerinnen und Schüler an Schulen in freier Trägerschaft müssen bei den Investitionen von Bund und Ländern in die Bildungsinfrastruktur gleichberechtigt beteiligt sein – bei Geräten und Fortbildungen.

Da die Digitalisierung in rasantem Tempo voranschreitet ist es wichtig, die Innovationskraft von Schulen zu fördern und dadurch den Bildungsstandort Deutschland zu stärken. Gleichzeitig müssen bürokratische Hürden beim Digitalpakt abgebaut werden, um einen schnellen und leichteren Mittelabfluss zu gewährleisten. „Weitere Verzögerungen würden die Förderlücke für digitale Vorhaben an Schulen weiter vergrößern. Das können wir uns schon jetzt kaum leisten“, betont Dagmar Mager.

Pressekontakt:

Verband Deutscher Privatschulverbände e.V.

Jenny Knoop - knoop@privatschulen.de

Der Verband Deutscher Privatschulverbände e.V. (VDP) vertritt die Interessen von Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft im allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulbereich sowie in der Erwachsenenbildung und im tertiären Bereich (Fachhochschulen und Hochschulen). Der 1901 gegründete Verband mit Sitz in Berlin bindet seine Mitglieder weder weltanschaulich noch konfessionell oder parteilich. Weitere Informationen finden Sie unter: www.privatschulen.de